

Geheimvertrag der Bundeskanzlerin mit der Atomwirtschaft gefährdet Sicherheit und ruiniert Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke (Plenarsitzung vom 17.09.2010)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Da die Redezeit der FDP bereits mit dem ersten Redebeitrag vollständig ausgeschöpft wurde, hat jetzt Herr Sagel für die Fraktion Die Linke das Wort.

Rüdiger Sagel* (LINKE): Es ist ja schön, dass die FDP hier nichts mehr zu sagen hat. Das finde ich schon einmal ganz gut. Da sind wir schon einmal auf einem guten Weg.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 30 Jahre ist die Ausrufung der Republik „Freies Wendland“ nun her. Ein Atommüllendlager haben wir in der Bundesrepublik Deutschland immer noch nicht. Immerhin war der Widerstand an der Stelle erfolgreich.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Wir haben es auch geschafft – 1978 war ich das erste Mal auf einer Demonstration in Kalkar –, den Schnellen Brüter, den wir damals „Schneller Töter“ genannt haben, abzuschaffen bzw. gar nicht erst richtig in Betrieb gehen zu lassen. Auch das hat die Antiatombewegung geschafft. Die Grünen gab es damals übrigens noch nicht.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Was haben Sie immer dazwischenzureden, Herr Pinkwart? Wollen Sie mir eine Frage stellen, oder wollen Sie Redezeit, die Sie nicht mehr haben, auf diese Weise bekommen?

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen: Sie sollten ganz ruhig sein; denn das, was Sie gerade hier wieder machen, ist ein typisches Beispiel für gekaufte Politik. Und damit haben Sie als FDP wirklich große Erfahrungen. Dieser durchgezockte Geheimdeal, der hier gelaufen ist, ist dafür ein typisches Beispiel; denn man weiß ja auch, wer Sponsorengelder immer wieder in Ihre Parteikassen

spült. Es sind neben den Hotelketten in erster Linie die großen Energiekonzerne,

(Beifall von der LINKEN)

die mit Ihrer Partei in Verbindung gebracht werden. Das ist die Realität.

Bei der CDU ist es nicht viel anders. Wenn man sich die Sponsoren bei CDU-Parteitag an schaut – insofern ist es wunderbar, dass ausgerechnet Herr Wüst zu diesem Punkt hier redet –, wird erkennbar, wie nahe da die Verbindungen zur gekauften Politik sind.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Es ist aber auch – das muss man so deutlich sagen – leider ein Versäumnis der damaligen rot-grünen Bundesregierung gewesen, diesen Atomkonsens – wir haben immer gesagt: Konsens ist Nonsens – so wasserdicht zu machen und festzuzurren, dass er nicht wieder aufgeschnürt werden kann. Genau das war damals nämlich die Befürchtung, dass, sobald ein Regierungswechsel kommt, diese Endlosdebatte über die Nutzung der Atomenergie weitergeht. Genau das ist jetzt passiert. Wir werden vermutlich in Deutschland auf lange Sicht Atomkraftwerke in Betrieb haben.

Es ist dringend notwendig, zumindest in Nordrhein-Westfalen Konsequenzen zu ziehen. Ich habe mit Interesse gehört, dass von Rot-Grün gerade erklärt worden ist, Ahaus und Gronau ein Ende bereiten zu wollen. Das wäre immerhin ein Fortschritt, wenn zumindest in Nordrhein-Westfalen die Atomenergienutzung ein Ende findet.

Ansonsten ist nur festzustellen: Wir erleben erneut, dass die großen Stromkonzerne mit Milliardensummen – mindestens 57,7 Milliarden € Zusatzeinnahmen – profitieren. Bei steigenden Strompreisen könnte dieser Wert sogar auf 95 Milliarden € steigen. Mit diesen Realitäten haben wir es zu tun.

Außerdem erleben wir, dass die Laufzeit der Atomkraftwerke unbegrenzt verlängert wird. Wir wissen nicht, wann der Ausstieg stattfinden wird.

Diesen Punkten müssen Sie sich stellen. Wenn ich von Ihnen höre, dass Sie ein zukunftsweisendes Energiekonzept haben, kann ich nur lachen. Wenn ich mir anschau e, was Sie in den letzten fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen gemacht haben: neue Kohlekraftwerke, Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Das ist Ihre Politik gewesen. Ich setze gewisse Hoffnungen auf Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen und bin sehr gespannt, ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden. Von Berlin ist mit Sicherheit nichts zu erwarten.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als Nächster spricht für die Landesregierung Herr Minister Remmel.